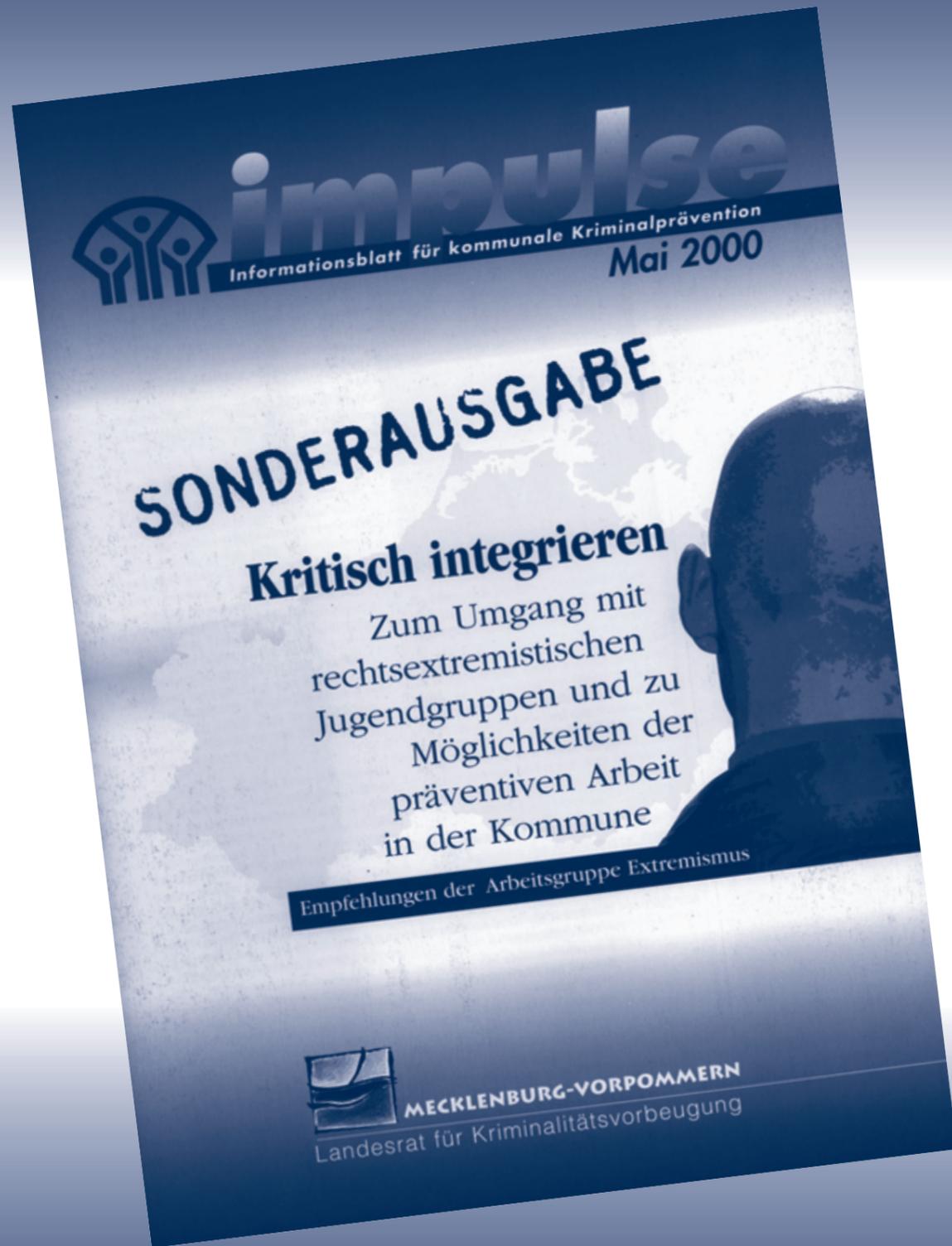


**April 2005**

## Aus der Mitte der Gesellschaft



Handlungsansätze für die  
kommunale Präventionsarbeit  
**gegen Rechtsextremismus**  
in Mecklenburg-Vorpommern





## Impressum

An der Erarbeitung dieser Broschüre waren beteiligt:

|                       |   |
|-----------------------|---|
| Michael Flenker       | Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern            |
| Dr. Christine Dembski | Präventionsrat der Hansestadt Greifswald            |
| Friedhelm Heibroek    | Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern             |
| Ulrich Hinse          | Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern             |
| Barbara Kartzewski    | Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern            |
| Sabine Klemm          | Civitas Netzwerkstelle Schwerin                     |
| Kurt Laukat           | Landesjugendamt Mecklenburg-Vorpommern              |
| Karl-Georg Ohse       | Mobiles Beratungsteam Mecklenburg-Vorpommern        |
| Mathias Rautenberg    | Landeszentrale für politische Bildung MV            |
| Armin Schlender       | Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV            |
| Dr. Dieter Wehnert    | Landesinstitut für Schule und Ausbildung (L.I.S.A.) |

Herausgeber: Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung Mecklenburg-Vorpommern (LfK)

Redaktion: Arbeitsgruppe Extremismus des LfK

Anschrift: Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung MV  
 – Geschäftsstelle –  
 Innenministerium MV  
 Karl-Marx-Straße 1  
 19048 Schwerin  
 Telefon: (03 85) 5 88 - 24 60  
 Telefax: (03 85) 5 88 - 29 87  
 e-mail: lfk@kriminalpraevention-mv.de  
 Internet: www.kriminalpraevention-mv.de

Abbildungen: Titel und Seite 15: Präventionsrat Greifswald  
 Seite 5, 10 12, 17,  
 18 und 21: Picture-Alliance  
 Seite 22: Tristan Flenker (Schüler)

Auflage: 4.000 Exemplare

Layout/Satz: Cicero Werbeagentur, Rostock

Druck: Altstadt-Druck, Rostock

## Inhalt

Seite

|  |           |
|--|-----------|
| <b>1. Einleitung</b>   | <b>4</b>  |
| <b>2. Ausgangssituation</b>  | <b>4</b>  |
| <b>3. „Kritisch integrieren“ – eine Bilanz</b>   | <b>6</b>  |
| <b>4. Verantwortungsträger</b>   | <b>7</b>  |
| 4.1 Bürgerinnen und Bürger   | <b>7</b>  |
| 4.2 Politische Mandatsträger   | <b>8</b>  |
| 4.3 Träger des Wirtschaftslebens (Sozialpartner)   | <b>9</b>  |
| 4.4 Medien   | <b>11</b> |
| 4.5 Bildung und Kultur   | <b>12</b> |
| 4.6 Jugendarbeit und Familie   | <b>14</b> |
| 4.7 Sicherheits- und Ordnungsbehörden  | <b>16</b> |
| 4.8 Justizbehörden   | <b>18</b> |
| <b>5. Rechtsextremismus – eine Herausforderung für die kommunale Jugend- und Sozialpolitik</b> | <b>19</b> |
| 5.1 Ein Ansatz der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus                  | <b>20</b> |
| <b>6. Fazit</b>  | <b>23</b> |
| <b>7. Service</b>  | <b>24</b> |
| <b>8. Quellenangaben/Literaturhinweise</b>   | <b>26</b> |





## 1. Einleitung

# Einleitung

Im Mai 2000 legte der Landesrat für Kriminalitätsvermeidung Empfehlungen zum Umgang mit rechtsextremistischen Jugendgruppen im kommunalen Bereich vor. Sie wurden unter das Motto „Kritisch Integrieren“ gestellt und enthielten im Kern die Aussagen, dass ein „Königsweg“ nicht erkennbar sei, sich aber vor dem Hintergrund der sozialen Situation im Lande und der damaligen Strukturierung der rechtsextremistischen Szene eine Ausgrenzung oder ein Verschweigen dieses Spektrums verbiete. Vielmehr müsse es darauf ankommen, den Dialog mit diesen jungen Menschen auf kommunaler Ebene bewusst zu pflegen. Es dürfe nicht nachgelassen werden in dem Bemühen, sie in die demokratische Gesellschaft zurückzuholen. Seinerzeit gab es sowohl Zustimmung als auch harsche Kritik.

Nach knapp fünf Jahren soll nun eine Bestandsaufnahme sowie eine Neubestimmung präventiver Ansätze erfolgen.

Bestandsaufnahme mit Neubestimmung präventiver Ansätze

## 2. Ausgangssituation

# 2. Ausgangssituation<sup>2</sup>

In den 90er Jahren war der Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern durch das Auftreten einer starken und gewaltbereiten Szene rechtsextremistischer Skinheads geprägt. Seit geraumer Zeit ist jedoch ein Wandel zu beobachten. Wenn auch die Öffentlichkeit vielfach immer noch die von der einschlägigen Szene ausgehenden Straftaten in das Zentrum der Situationseinschätzung stellt, so werden die Aktivitäten und die Außenwirkung des Rechtsextremismus gegenwärtig von so genannten „Kameradschaften“ dominiert, die neonazistisch ausgerichtet sind. Insbesondere im Ostteil unseres Landes hat eine Verfestigung dieser Szenen ein-

In diesem Zusammenhang wird im Lichte der Lageentwicklung u. a. auch das Konzept der „Verunsicherungs- und Konfrontationspädagogik“ zur Diskussion gestellt.

Den Autoren war bei der Abfassung dieser Schrift sehr wohl bewusst, wie schmal die finanziellen Möglichkeiten bei der Umsetzung einer qualitativ hochwertigen Präventionsarbeit im kommunalen Raum sind. Gleichwohl müssen Spielräume für die Arbeit auf diesem wichtigen Feld, dessen Früchte nicht immer sofort erntereif sind, eröffnet werden.

Zum Text selbst ist anzumerken, dass er aus verschiedenen Federn stammt und damit die breit gefächerte Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Extremismus im Landesrat für Kriminalitätsvermeidung widerspiegelt.

gesetzt. Sie agieren zunehmend vernetzt und stellen die politische Arbeit vor Ort in den Vordergrund. Zu Gewaltaktionen auf der Straße kommt es indes nur noch selten. Derartige „Kameradschaften“ versuchen durch die Gründung von „Bürgerinitiativen“, das Verteilen von Publikationen oder durch Plakatierungsaktionen sowie demonstrative Aktivitäten ihre politischen Anliegen zu verdeutlichen. Dabei knüpfen sie bewusst an das aktuelle Tagesgeschehen an und werben ganz offen für einen „nationalen Sozialismus“ als Alternative zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und zur sozialen Marktwirtschaft.

politische Arbeit vor Ort im Vordergrund

4

## 2. Ausgangssituation

Vor diesem Hintergrund muss festgestellt werden, dass die im Jahre 2000 in der Schrift „Kritisch integrieren“ bereits angekündigte Ideologisierung und Organisation der Szene vorangeschritten ist. Der zahlenmäßige Rückgang der gewaltbereiten rechtsextremistischen Subkulturen kann deshalb nicht beruhigen.

Die jüngsten Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien deuten darauf hin, dass die Propaganda der Szene nicht ohne Wirkung auf die Bürger geblieben ist. Szeneintern führte insbesondere die Landtagswahl in Sachsen, bei der die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) 9,2 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte, zu einem demonstrativen Schulterchluss. Gleichzeitig konnte ein deutlicher Motivationsschub und eine stärkere Nachwuchsrekrutierung beobachtet werden. Das Wählerverhalten kann sicherlich nicht nur als spontaner Protest abgetan werden.<sup>3</sup> Vielmehr lenkt es den Blick auf den gesellschaftlichen Hintergrund der Entwicklung.

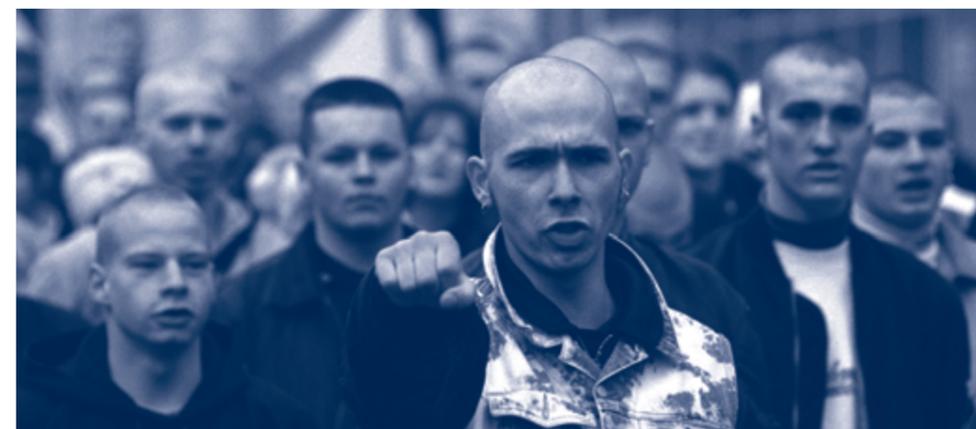
Er wird u. a. durch folgende empirische Befunde aus jüngster Zeit deutlich:

- das demokratische System der Bundesrepublik stößt insbesondere bei jungen Menschen in Ostdeutschland auf Skepsis,<sup>4</sup>
- den demokratischen Parteien wird Problemlösungskompetenz abgesprochen<sup>5</sup> und
- in einer Umfrage der Zeitschrift „Stern“ im September 2004 antworteten 88 % der Befragten, der Verlust an Vertrauen in Politiker sei groß (38 %) bzw. sehr groß (50 %).<sup>6</sup>

Diese für die Demokratieentwicklung beunruhigenden Befunde sind möglicherweise auch ursächlich für die Indizien, die dafür sprechen, dass rechtsextremistische Gruppierungen gerade in ländlichen Räumen auf eine gesteigerte Akzeptanz zu stoßen scheinen. In diesem Zusammenhang sind neuere Untersuchungsergebnisse der Universität Bielefeld ebenfalls Besorgnis erregend, die für Ostdeutschland von 2002 bis 2004 ein Anwachsen der „fremdenfeindlichen Gruppe“ von 46 % auf 56% (im Westen 31 % und 36 %) belegen. Ursache hierfür ist, wie der Autor feststellt, ein tatsächlicher oder befürchteter sozialer Abstieg.<sup>7</sup>

Dem entsprechend kann die Entwicklung des Rechtsextremismus weiterhin nicht als vom Rest der Gesellschaft losgelöste „pathologische“ Erscheinung beschrieben werden. Vielmehr ist der Rechtsextremismus auch Ergebnis einer unschwer erkennbaren Legitimationskrise der demokratischen Institutionen in der Bundesrepublik Deutschland. Bei der zukünftigen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern wird es daher nicht nur darauf ankommen, rechtsextremistischen Positionen und hier insbesondere deren ideologischen Konzepten konsequent und kompetent entgegenzutreten. Darüber hinaus gilt es, den Bürgern demokratische Prozesse glaubwürdig und vor allem transparent zu vermitteln.

Dieser Anspruch muss bereits im kommunalen Raum verwirklicht werden. Dort muss ein „öffentliches Klima“ entwickelt werden, das sich gegen Rechtsextremismus und Gewalt richtet und zugleich für Menschenrechte und Demokratie eintritt.<sup>8</sup>



Ideologisierung und Organisation vorangeschritten

Legitimationskrise der demokratischen Institutionen

öffentliches Klima gegen Rechtsextremismus entwickeln

5



### 3. „Kritisch integrieren“ – eine Bilanz

## 3. „Kritisch integrieren“ – eine Bilanz

Im Jahre 2000 wurde durch die Arbeitsgruppe Extremismus im Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung vor dem Hintergrund der damaligen Lageentwicklung im Rechtsextremismus darauf hingewiesen, dass insbesondere junge Menschen eine wichtige Zielgruppe für kommunale Kriminalprävention sind. Entsprechend setzte die Broschüre „Kritisch integrieren“ einen Schwerpunkt auf jugendspezifische Probleme.

Dies blieb nicht ohne kritische Anmerkungen. So wurde den Autoren vorgeworfen, sie verstellten mit der angeblich auf die Jugend fixierten Betrachtungsweise den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Relevanz des Rechtsextremismus. Vielfach wurde die Aussage der Schrift unzulässigerweise auf das Thema „Räume für Rechte“ reduziert. Wegweisende Alternativvorschläge zum Umgang mit dem subkulturellen Rechtsextremismus blieben seinerzeit jedoch aus.

Insoweit hält der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung seine damaligen Empfehlungen nach wie vor für sachgerecht. So gilt es auch weiterhin, bei Jugendlichen ein demokratisches Wertesystem zu verankern und die Fähigkeit zu einem friedlichen und konstruktiven Austragen von Konflikten zu fördern. Das bedarf nach wie vor ein „klares Distanzieren“ von rechtsextremistischen Einstellungen und zugleich ein „aktives Zugehen“ auf die Problemgruppen.

Nicht verschwiegen werden darf an dieser Stelle, dass die Umsetzung des Konzepts in die Praxis u. a. wegen knapper Ressourcen oder fehlender Einsicht in die Notwendigkeit nicht immer reibungslos verlief bzw. erst gar nicht versucht wurde.

Gleichwohl haben die Jahre seit 2000 zu verzeichnen sind, wo die in der Schrift „Kritisch integrieren“ benannten gesellschaftlichen Verantwortungsträger Probleme in ihren Kommunen nicht verdrängt oder verschwiegen haben, sondern sich offen den Problemen stellen, Hilfe von Fachleuten in Anspruch nahmen, Bündnisse Gleichgesinnter schufen, eine professionelle Jugendarbeit einforderten und sich für eine politische Kultur des demokratischen Miteinanders einsetzten.

Die Arbeitsgruppe Extremismus im Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung hat festgestellt, dass „Kritisch integrieren“ damit auf örtlicher Ebene zu fruchtbaren Diskussionen über den Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen geführt hat. Sie werden nicht mehr nur als Außenseiter gesehen, sondern als Teil eines sozialen Problems, das seine Ursachen auch im sozialen Nahbereich findet. Dies ist in vielen Gesprächen vor Ort deutlich geworden.

Diese Erkenntnis und die daraus entstandenen Diskussionen – hervorgegangen auch aus der Auseinandersetzung mit der Broschüre „Kritisch integrieren“ – gilt es mit Blick auf die aktuelle Lageentwicklung fortzuentwickeln.

Dazu will diese Ausgabe Anregungen geben.

Erfolge dort, wo Probleme nicht verdrängt werden

damalige Empfehlungen nach wie vor sachgerecht

Umsetzung verlief nicht immer reibungslos



### 4. Verantwortungsträger

## 4. Verantwortungsträger

Nach wie vor ist die Zurückdrängung des Rechtsextremismus als generations- und schichtenübergreifende Erscheinung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der verschiedene Verantwortungsträger mitwirken müssen:

- Bürgerinnen und Bürger,
- politische Mandatsträger,

- Träger des Wirtschaftslebens (Sozialpartner),
- Medien,
- Bildung und Kultur,
- Jugendarbeit und Familie sowie
- Sicherheits-, Justiz- und kommunale Behörden.

### 4.1 Bürgerinnen und Bürger

Demokratie lebt von der Pluralität und der Konkurrenz unterschiedlicher Lebensweisen, Weltanschauungen und Kulturen. Dieses Aufeinandertreffen verschiedener Interessen birgt Konfliktpotenziale in sich, die in einer demokratischen Gesellschaft gewaltfrei und fair ausgeglichen werden müssen.

Demgegenüber stehen totalitäre und menschenverachtende Ideologien, deren Vertreter nicht in ihr Weltbild passende Menschen diskriminieren und Gewalt als legitimes Mittel der Interessendurchsetzung propagieren.

Ein diktatorisches Staatsverständnis, Rassismus, Antisemitismus und die Bereitschaft zur Gewaltanwendung entstehen – wie oben bereits ausgeführt – nicht im luftleeren Raum und sind kein ausschließliches „Jugendphänomen“. Rechtsextremisten sehen sich häufig als „Vollstrecker“ der Vorurteile oder unreflektierter Erklärungen, die am Stammtisch, in Pausengesprächen, mittels Schlagzeilen und auch in Gesprächen im Elternhaus transportiert werden.

„Gerade neonazistisch motivierte Gewalttäter sehen sich immer dann ermutigt, wenn sie das Gefühl haben, in Übereinstimmung mit den Ansichten weiter Teile der Bevölkerung zu handeln.“

Insoweit ist der Rechtsextremismus eine Herausforderung für jeden Bürger. Es gilt, menschenverachtenden Äußerungen und Handlungen bei jeder Gelegenheit entschieden entgegenzutreten.

Ob in Gemeindevertretungen, Vereinen, Kirchengemeinden oder Feuerwehren: Es gibt viele Möglichkeiten und Aktionsformen Demokratie vor Ort umzusetzen und somit rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken. Gewaltfreiheit, Respekt und Offenheit sollten sich nicht nur im Umgang zwischen Erwachsenen, sondern gerade in der Erziehung und der Begleitung von Kindern und Jugendlichen widerspiegeln. Sündenbockdenken, Intoleranz und Gewalt fördern jedoch gewalttätiges und fremdenfeindliches Verhalten.

Nicht unerwähnt bleiben sollte die Bedeutung der Gastfreundschaft. Gäste fühlen sich nur dort wohl, wo sie willkommen sind und akzeptiert werden. Dies gilt auch für in- und ausländische Unternehmen. Offenheit und Sicherheit sind daher nicht zu unterschätzende Standortfaktoren für Wirtschaft und Tourismus.

Um eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Ideologien und Aktivitäten zu fördern, gibt es zahlreiche Beratungs- und Fortbildungsangebote (s. u.).

#### Festzuhalten bleibt:

- Jeder ist aufgerufen, sich in seinem speziellen Umfeld gegen den Rechtsextremismus zu positionieren.

viele Möglichkeiten und Aktionsformen

kein ausschließliches Jugendphänomen

Herausforderung für jeden Bürger



## 4. Verantwortungsträger

- Eine zukunftsfähige Demokratie kann nur existieren, wenn sich ihre Bürger für die Gemeinschaft engagieren.
- Ein Engagement gegen den Rechtsextremismus und für Demokratie verspricht dann Erfolg, wenn vor Ort möglichst breite Bündnisse gebildet werden.

Weitere Informationen zum Thema können Sie nachlesen unter:

AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus  
www.ag-netzwerke.de

Anti-Rassismus-Verein „Gesicht zeigen“,  
Aktion weltoffenes Deutschland e.V.  
www.gesichtzeigen.de

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

### 4.2 Politische Mandatsträger

Den politischen Mandats- und Entscheidungsträgern kommt bei der Entwicklung eines demokratischen Grundverständnisses und einer tragfähigen politischen Kultur in den Kommunen eine besondere Rolle zu. Diese sind unentbehrliche Voraussetzungen, um die Herausforderungen durch demokratiegefährdende Ideologien und Strategien rechtsextremer Parteien und Gruppierungen an die Kommunalpolitik zu erkennen und um geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Die demokratischen Parteien sind aufgefordert, an dieser Stelle parteiübergreifend aktiv zu werden.

Grundsätzlich muss gelten: Angriffe auf die Demokratie müssen mit demokratischen Mitteln abgewehrt werden, auch wenn dieses der Bevölkerung manchmal nur schwer vermittelt werden kann. Das bedeutet notwendigerweise eine offene Auseinandersetzung mit rechtsextremen Argumenten und Aktivitäten und stellt hohe Anforderungen an die sachliche Kompetenz und Konfliktfähigkeit politischer Mandatsträger und Akteure.

#### Festzuhalten bleibt:

- Wichtig ist die Durchführung einer ehrlichen Analyse der Situation vor Ort. Nicht das Reden über Probleme ist standortgefährdend, sondern das Verschweigen und Verdrängen.
- Jeder Verantwortliche muss öffentlich für ein Klima der Demokratie und Menschenwürde eintreten.

- Gerade Mandatsträger müssen Rassismus und Antisemitismus ächten und sich mit den Opfern rechtsextremer Gewalt solidarisieren.
- Es muss der Mut zur Suche nach Bündnispartnern sowohl vor Ort als auch von außen z.B. durch Beratungsteams (vgl. Ziff. 4.7.2, Communal Coaching) aufgebracht werden. Hierzu gehört als demokratischer Grundkonsens die Einbindung aller demokratischen Kräfte und die Anerkennung ehrenamtlichen Engagements.
- Die Förderung und nicht Reduzierung der kommunalen Sozial- und Jugendpolitik, die Gewährleistung einer kontinuierlichen und qualitativ hochwertigen Kinder- und Jugendarbeit und das Eintreten für eine Jugendarbeit, die in der Lage ist, gerade mit gefährdeten Jugendlichen professionell zu arbeiten, muss Hauptanliegen aller Mandatsträger sein.
- Die Vielfalt demokratischer Jugendkulturen muss gefördert werden. Gerade mit Jugendlichen muss das Gespräch gesucht werden. Jugendliche dürfen nicht verurteilt oder ausgrenzt werden, wenn diese vor allem ein auf Aktionen angelegtes Engagement gegen Rechtsextremismus favorisieren.
- Diskussionen mit Rechtsextremisten und ihrer Sympathisantenszene darf nicht grundsätzlich ausgewichen werden.

parteiübergreifend  
aktiv werden

sachliche Kompetenz und  
Konfliktfähigkeit gefragt



## 4. Verantwortungsträger

Allerdings darf hierbei menschenfeindlichen Äußerungen kein Forum geboten werden.

- Die Entwicklung eines demokratischen Leitbildes für die Gemeinde als weltoffene Gemeinde, das insbesondere

antirassistische Elemente enthalten sollte, muss zur Selbstverständlichkeit werden.<sup>10</sup>

- Partnerschaften und Jugendaustausch mit Kommunen im Ausland sind anzustreben bzw. intensiv zu pflegen.<sup>11</sup>

Weitere Informationen zum Thema können Sie nachlesen unter:

„Gegen Rechtsextremismus hilft mehr Demokratie“. Community Coaching – Kommunalanalyse und Demokratieentwicklung im Gemeinwesen, Bulletin 4 - 2003, Schriftenreihe des Zentrums für demokratische Kultur, Leipzig Stuttgart Düsseldorf, www.zdk-berlin.de

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.):  
Deutsche Zustände, Folge 2. Frankfurt a. Main:  
Suhrkamp-Verlag 2003

Einen Workshop zum Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt

bietet an: Universität Bielefeld Institut für Konflikt und Gewaltforschung, Ansprechpartner Rainer Strobl, Tel.: 05 21 - 1 06 31 30, Fax: 05 21 - 1 06 64 15.  
rainer.strobl@uni-bielefeld.de

Kommunale Datenbank gegen Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit (KODEX):  
www.kommunen-gegen-gewalt.de/  
startseite.asp

PrävIS. Das Informationssystem der Prävention im Netz: www.praevis.de

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

### 4.3 Träger des Wirtschaftslebens (Sozialpartner)

Unternehmer und Gewerkschaften sind als Sozialpartner Garanten der sozialen Marktwirtschaft und damit des demokratischen Gemeinwesens insgesamt. Daraus erwächst zugleich die Verpflichtung, gesamtgesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dies gilt auch für den Kampf gegen den Rechtsextremismus. Diesem Zweck dient z.B. das mit Bundes- und Europamitteln geförderte Xenos-Programm, das es sich zum Ziel gesetzt hat, unter dem Motto „Leben und Arbeiten in Vielfalt“ Rassismus und Fremdenfeindlichkeit insbesondere im Bereich des beruflichen Alltags junger Menschen zurückzudrängen bzw. präventiv zu wirken.<sup>12</sup> Im Rahmen dieses Programms wurde auch das bereits ausgelaufene Projekt „Pro Akzeptanz und Toleranz“ (PAT) konzipiert, das vom Verband der Metall- und Elektroindustrie e.V. (Nordmetall) und der Industriegewerkschaft Metall - Bezirksverband Küste initiiert und mitfinanziert wurde. Ziel des Projekts ist die „Förderung der Handlungskompetenz

von beruflichem Bildungspersonal im Umgang mit Aggressivität, Gewalt und Rechtsextremismus in der Ausbildung“.<sup>13</sup> Die jeweiligen Kursteilnehmer kamen aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein. Wie erste Evaluationsergebnisse zeigen, nimmt das PAT - Projekt eine wichtige präventive Funktion wahr und ist in seiner Art einzigartig in der Bundesrepublik. Insofern stellt dieses Projekt ein Modell für ähnliche Aktivitäten der Sozialpartner in anderen regionalen Zusammenhängen dar.<sup>14</sup>

Weiterhin besteht die Möglichkeit, durch Betriebsvereinbarungen der Diskriminierung von Mitarbeitern aufgrund ihrer ethnischen Abstammung oder geographischen Herkunft entgegenzuwirken. Beispielhaft sei hier die „Anti-Diskriminierungs-Betriebsvereinbarung der Firma JENOPTIK Laser, Optik, Systeme GmbH in Jena angeführt, in der für ein „demokratisches, an den Grundsätzen von Humanität und menschenwür-

Verpflichtung zu  
gesamtgesellschaftlicher  
Verantwortung

Diskriminierung  
entgegenwirken



## 4. Verantwortungsträger

diges Miteinander“ erworben wird.<sup>15</sup> Hinweise für die Abfassung einer solchen Vereinbarung erhalten Sie vom „Deutschen Gewerkschaftsbund“ (DGB).<sup>16</sup>

Um rechtsextremistischen Aktivitäten entgegenzuwirken, bedarf es jedoch nicht immer eines solchen Aufwandes wie in dem aufgezeigten PAT-Projekt. Es kommt darauf an, eigene Wege zu beschreiten. Gleiches gilt auch für den aktiven Opferschutz. Gemeint ist in diesem Zusammenhang nicht nur, den Opfern rechtsextremistischer Gewalt in materieller, sondern auch in ideeller Art Hilfeleistung zu leisten. So ist es wünschens-



wert, wenn sich die Sozialpartner vor Ort gemeinsam mit dem Opfer einer rechtsextremistischen Straftat solidarisch erklären. Das wird seine Wirkung auf die Öffentlichkeit nicht verfehlen.

Da sich die finanzielle Situation der öffentlichen Hände seit der Herausgabe der Schrift „Kritisch integrieren“ im Jahre 2000 nicht verbessert hat, ist es wichtiger denn je, dass private Geldmittel in Form von Spenden und Sponsoring in die Präventionsarbeit vor Ort einflie-

ßen. An dieser Stelle können sich insbesondere ortsansässige Wirtschaftsunternehmen einbringen. Möglichkeiten dazu bieten z. B. direkte Spenden oder Sponsoring an Organisationen und Einrichtungen, die sich vor Ort der Entwicklung von Demokratie und Toleranz widmen oder die Unterstützung von Fördervereinen der kommunalen Präventionsräte.

### Festzuhalten bleibt:

- Auf innerbetrieblicher und überbetrieblicher Ebene muss Rassismus und sonstigen Diskriminierungen permanent entgegengewirkt werden.
- Kommunale Präventionsarbeit muss durch Mitarbeit der Sozialpartner in den entsprechenden Gremien, durch eine deutliche Positionierung gegen den Rechtsextremismus sowie durch die Bereitstellung von Ressourcen unterstützt werden.

Weitere Erfahrungen zum Thema, insbesondere im Bereich berufliche Bildung können vermitteln:

Netzwerk für Demokratie und Courage, Landesnetzstelle Mecklenburg-Vorpommern  
August-Bebel-Straße 89  
18055 Rostock  
Tel.: 03 81 - 1 28 53 10  
www.netzwerk-courage.de

Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern (KOWA MV)  
Fachhochschule Stralsund  
Zur Schwedenschanze 15  
18435 Stralsund  
Tel.: 0 38 31- 45 65 77  
www.fh-stralsund.de  
kowa\_mv@fh-stralsund.de

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

## 4. Verantwortungsträger

### 4.4 Medien

Unsere freiheitliche Demokratie ist eine Informationsgesellschaft, in der prinzipiell für jeden alle Informationen verfügbar sind.

Somit kann im öffentlichen Raum zu allen gesellschaftlich relevanten Fragen kommuniziert werden. Dabei werden audiovisuelle Medien, Druckerzeugnisse und vermehrt das Internet als Plattformen für die Informationsweitergabe und die Informationsgewinnung genutzt. Dies gilt sowohl für die Berichterstattung über den Rechtsextremismus als auch für die Medienarbeit der Rechtsextremisten selbst.

Die zentrale Stellung der Medien bei der öffentlichen Darstellung rechtsextremistischer Bestrebungen weist den „Medienmachern“ eine große Verantwortung zu. Dies gilt nicht nur im überregionalen Kontext, sondern auch und gerade im örtlichen Rahmen.

Dem muss durch eine kontinuierliche Einbindung der regionalen Medien in die Diskussion, beispielsweise in Präventionsräten, über Hintergründe politisch extremistischer Erscheinungen und wie dem vor Ort begegnet werden kann, Rechnung getragen werden.

Daneben ist ein ständiger Dialog über die Folgen medialer Politikdarstellung, nicht zuletzt im Interesse einer selbstkritischen Reflexion bei „Medienmachern“, anzustreben.

In diesem Sinne setzt sich z. B. die von der Rostocker Bürgerinitiative „Bunt statt braun“ e. V. verantwortete Dokumentation über die pogromartigen Ausschreitungen vom August 1992 auch mit der Rolle von Medien vor, während und nach jenen Ereignissen auseinander.<sup>17</sup>

Im Zusammenwirken mit der Landeszentrale für politische Bildung und den Berufsverbänden der Medienbranche müssen daher spezifische politische Bildungsangebote für Journalisten entwickelt und umgesetzt werden.

Daneben gilt es natürlich auch die Kompetenz der Medienkonsumenten im Umgang mit Informationen zu stärken. Dies gilt insbesondere für junge Menschen.

Daher muss Medienbildung im schulischen und außerschulischen Bildungskanon stärker verankert werden.

Gleichzeitig muss die Fortbildung von Multiplikatoren wie Lehrern und Jugendsozialarbeitern durch gemeinsame Anstrengungen des Landesinstitutes für Schule und Ausbildung (LISA), der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern und des Zentrums für Praxis und Theorie der Jugendhilfe „Schabernack“<sup>18</sup> verstärkt werden. Hilfreich sind hierbei die von der Landes- und der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen medienpädagogischen Publikationen, u. a. auch eine CD-ROM „Rechtsextremismus im Internet“.<sup>19</sup>

### Festzuhalten bleibt:

- Die Medienverantwortlichen müssen stärker in die Präventionsarbeit einbezogen werden.
- Medienkonsumenten, insbesondere jungen Menschen, muss weit mehr als bisher die Möglichkeit des Erwerbs von Medienkompetenzen eröffnet werden.
- Träger von Präventionsprojekten müssen ihre Informationen offensiver und interessanter an die Medien herantragen. Hinweise dazu bietet die Broschüre „... und rede darüber!“ des Landesrates für Kriminalitätsvorbeugung (*impulse* Juli 2002).

Potentielle Partner für Medienprojekte sind:

Mecklenburg-Vorpommern Film e. V.  
Bürgermeister-Haupt-Straße 51-53  
23966 Wismar  
Tel.: 0 38 41 - 61 82 00  
Fax: 0 38 41 - 61 82 09  
info@film-mv.de  
www.film-mv.de

Der Verein hat u. a. im Rahmen seines Projektes „Xenos Media MV“ medienpädagogische Angebote für die Arbeit mit Jugendlichen entwickelt und ist federführend für die Umsetzung der pädagogisch begleiteten Schulfilmwoche in Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich.





## 4. Verantwortungsträger

institut für neue medien,  
freie bildungsgesellschaft mbH, Rostock,  
Doberaner Straße 10-12  
18057 Rostock  
Tel.: 03 81 - 7 00 75 11  
Fax: 03 81 - 70 07 520  
info@ifnm.de

Das Institut hat im Verbund mit weiteren Partnern aktuell eine virtuelle Lernumgebung „Mit Konflikten leben“ für die politische Bildung erarbeitet und vorgestellt. Nähere Informationen unter [www.mit-konflikten-leben.org](http://www.mit-konflikten-leben.org).

Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern und in deren Verantwortungsbereich die Offenen Kanäle:  
Rostocker Offener Kanal  
Grubenstraße 47  
18055 Rostock  
Tel.: 03 81 - 49 19 80  
Fax: 03 81 - 4 91 98 99  
info@rok-tv.de

NB-Radiotreff 88,0  
Treptower Straße 9  
17033 Neubrandenburg  
Tel.: 03 95 - 58 19 10  
Fax: 03 95 - 5 81 91 11  
880@nb-radiotreff.de

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.



### 4.5 Bildung und Kultur

auch außerschulische Angebote

Staatlich und privat organisierte schulische Bildung leistet einen wichtigen Beitrag bei der Entwicklung sozialer Kompetenzen. Die Grundlagen hierfür werden allerdings bereits in der Familie und ggf. im Kindergarten gelegt. In der Schule können insbesondere demokratische Werte und Regeln erlernt und Wissen über andere Kulturen vermittelt werden. Hier sind Lehrerinnen und Lehrern mit den neuen Rahmenplänen „Rechtserziehung“ und „Interkulturelle Erziehung“ wichtige neue Möglichkeiten geschaffen worden, die es nun zu nutzen gilt. Ähnliche Module müssten für die berufsbildenden Schulen erarbeitet und umgesetzt werden. Darüber hinaus sollten über die Schulen auch Informationsangebote zum Rechtsextremismus für Eltern bereitgestellt werden.

Die Bedeutung des Erfahrungsraumes Schule darf allerdings nicht überschätzt werden, da – gesellschaftlich erwünschte wie unerwünschte – Bildungslebens-

nisse junger Menschen ganz wesentlich von informellen Einflüssen, wie z. B. Peergroups<sup>20</sup>, geprägt werden. Daher muss die schulische Bildungsarbeit durch außerschulische Angebote und Initiativen ergänzt werden. Für die Vielzahl der in diesem Bereich gemachten Erfahrungen sei an dieser Stelle auf die 2003 vom Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung herausgegebene Broschüre „So geht's“ mit Darstellungen von 12 Erfolg versprechenden Projektideen zum Umgang mit Rechtsextremismus in unserem Land hingewiesen. Eine solche Ergänzung bedarf jedoch einer fundierten Analyse der Situation vor Ort. Deshalb müssen unter breiter Mitwirkung z. B. in Präventionsräten zunächst die örtlichen Gegebenheiten untersucht werden, um dann mit den entsprechenden Angeboten reagieren zu können. Wichtig ist, dabei auf eine breite Basis von Partnern zurückzugreifen, die z. B. soziales Training anbieten und mit der

Rahmenpläne nutzen

Mitwirkung in Präventionsräten

## 4. Verantwortungsträger

Arbeit in Peergroups Erfahrungen besitzen. Diese müssen dazu in die Lage versetzt werden, rechtsextremen subkulturellen Milieus kulturelle Alternativen entgegenzusetzen zu können. Eine Ergänzung durch politische Bildungsangebote ist dabei notwendig.

Hier kann auf die durch die Anstrengungen der vergangenen Jahre entstandenen Kontakte zurückgegriffen werden. Insbesondere die von Bund und Land geförderten Netzwerkstellen und Mobilien Beratungsteams<sup>21</sup> (mbt) können bei der Vermittlung hilfreich sein.

Mit den Volkshochschulen verfügen alle Landkreise über einen weiteren Pool an erfahrenen und kompetenten Multiplikatoren, die überdies auf ein Netzwerk an Partnern in den Regionen wie im Volkshochschulverband Mecklenburg-Vorpommern zurückgreifen können.<sup>22</sup>

Verantwortliche für die öffentlichen Haushalte in Politik und Verwaltung wie auch private Geldgeber müssen in diesem Zusammenhang die Unverzichtbarkeit staatlicher und privater Bildungsarbeit erkennen und die entsprechenden Ressourcen bereitstellen, denn:

„Wer Musikschulen schließt, schadet der Inneren Sicherheit“  
(Bundesinnenminister Otto SCHILY)

Die von der Landesregierung initiierten Programme für Jugend- und Schulsozialarbeit oder Ausbildungsförderungen sowie der Landesjugendplan sind Ansätze, die in den Regionen aufgenommen, weitergeführt und konkret gefüllt werden müssen.<sup>23</sup>

Von Bedeutung ist weiterhin die Aus- und Weiterbildung von Multiplikatoren. Hierzu gehören Lehrerfortbildungen zu den verschiedenen Facetten des Umgangs mit Rechtsextremismus durch die „Schulinterne Lehrerfortbildung“ (SchILf-Tage). Entsprechende Angebote an den Universitäten<sup>24</sup> oder Fachhochschulen des Landes für (zukünftige) Lehrer/innen müssen fortgeführt werden.

Gleichzeitig müssen auch Schülerinnen und Schüler durch die Jugendorganisationen zu Multiplikatoren für Demokratie<sup>25</sup> herangebildet werden.

Darüber hinaus haben die Seminarreihen „Rhetorik gegen rechts“ und „Kommunale Vernetzung gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“<sup>26</sup> für Mitarbeiter aus Justiz, Polizei, Verwaltung und Bundeswehr wichtige Zielgruppen erreicht. Sie müssen daher fortgeführt werden.

Die Landeszentrale für politische Bildung wird auch weiterhin Angebote unterbreiten, die die Befähigung zur Auseinandersetzung mit rechtsextremistischer Ideologie, Rassismus und Diskriminierung zum Gegenstand haben oder andere Vorhaben durch die Bereitstellung von Materialien und finanzielle Förderung unterstützen.

#### Festzuhalten bleibt:

- Die Schulen – auch die Berufsschulen – müssen ihre erzieherischen Möglichkeiten nutzen, wobei entscheidende Weichenstellungen selbstverständlich in der Familie und in den Kindergärten zu erfolgen haben.
- Schulen können als Kernbereiche für die Entwicklung von Bildungsnetzwerken für Schüler und Eltern wirken.
- Die facettenreiche Bildungslandschaft im Lande muss erhalten, ggf. ausgebaut und weiter vernetzt werden.
- Vor Ort müssen vielfältige und attraktive kulturelle Alternativen, insbesondere für junge Menschen, angeboten werden.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie:

RAA Mecklenburg-Vorpommern  
(„Demokratie Leben und Lernen“/DELL;  
Berufsfrühorientierung; Mediation;  
„Schule PLUS“ u.a. Programme)  
Am Melzer See 1  
17192 Waren/Müritz  
Tel. 0 39 91 - 6 69 60  
info@raa-mv.de  
www.raa-mv.de

Angebote, die mit Wertevermittlung verbunden sind unterbreiten u. a. regelmäßig die



Ergänzung durch politische Bildungsangebote

finanzielle Ressourcen sind unverzichtbar

Lehrerfortbildung durch SchILf-Tage



## 4. Verantwortungsträger

Evangelisch-lutherische Landeskirche Mecklenburgs, Amt für die Arbeit mit Kindern u. Jugendlichen (AKJ), Bischofstraße 4, 19055 Schwerin, Tel.: 03 85 - 59 03 80, Fax: 03 85 - 5 5741 95, info@evjume.de mit Tagen der ethischen Orientierung (TEO) im Rahmen des Projekts „Demokratie lernen und leben“.

Über besondere Erfahrungen verfügt in diesem Zusammenhang der Verein e-werk, Sassnitz, Stubbenkammerstraße 6/7, 18546 Sassnitz, Tel. 03 83 92 - 66 30, Fax: 03 83 92 - 6 63 13, www.ewerk-sassnitz.de, u. a. aus dem Projekt „Demokratische Gegenkulturen fördern“.

Schulen ohne Rassismus: uni-marburg.de/dir/GRUPPEN/PROJEKTE/SOR/SOR.HTML

Künstler für Schüler: www.kuenstlerbund-mv.de/website-schueler/info/index.html

Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e.V. (ibbw): www.ibbw.de

Lehrer Online: www.lehrer-online.de

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

### 4.6 Jugendarbeit und Familie

Der Begriff Akzeptanz ist seit Jahren zu so etwas wie einem Kristallisationspunkt der Kontroversen um das „ja“ oder „nein“ von sozialer Arbeit mit rechts-extremistischen bzw. sich rechtsextremistisch gebenden Jugendlichen geworden. Akzeptieren in diesem Kontext meint nicht „Gutheißen“. Akzeptierende Arbeit ist die personale Konfrontation mit dem tiefgreifend Anderssein.<sup>27</sup>

Hierbei gibt es folgende Handlungsmuster:

- Interesse an den Jugendlichen, um über „Zuhören – Können“ einen Zugang zu finden,
- gegenseitiges Interesse und gegenseitige Akzeptanz mit anderen Wertorientierungen und Verhaltensweisen konfrontieren,
- die subjektive Funktion von extremen Auffassungen und Gewaltverhalten erkennen und ersetzen,
- Jugendliche in ihren Versuchen und Bemühungen gesellschaftlich integriert zu werden, unterstützen und lenken,
- das Bedürfnis Jugendlicher nach konfliktarmen eigenen Treffmöglichkeiten mit Gleichaltrigen unterstützen.

Die Umsetzung der Handlungsmuster in die Praxis erfordert zum einen kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum anderen längerfristig an-

gelegten Projekte. Denn nur über eine kontinuierliche Arbeit kann sich ein stabiles Vertrauensverhältnis herausbilden und Nachhaltigkeit erreicht werden. In der täglichen Praxis muss das Verhältnis zu den jungen Menschen sowohl von Akzeptanz als auch von Anforderungen bzw. Konfrontation geprägt sein. Nur dann findet auch ein persönlicher Entwicklungsprozess statt.

Die pädagogischen Konzepte sollen auf verschiedene Ebenen und unterschiedliche Adressatengruppen ausgerichtet sein:

- pädagogische Arbeit zur Förderung von Toleranz und Demokratiefähigkeit,
- gezielte Aufklärungsarbeit, um der Verfestigung rechtsextremer Haltungen entgegen zu wirken,
- pädagogische Arbeit mit rechtsextremen Gruppen mit speziellen sozialpädagogischen Konzepten,
- Beratung und Begleitung von Aussteigern.

Die sozialpädagogische Tätigkeit ist nicht gegen diese Jugendlichen gerichtet, sondern Ziel ist die Arbeit mit ihnen.

Ein wichtiges pädagogisches Leitprinzip besteht darin, bei den Problemen anzusetzen, die Jugendlichen haben, nicht an den Problemen, die sie machen. So können sie selbst Problembewälti-

akzeptieren heißt nicht gutheißen

Kompetenz und Kontinuität erforderlich

## 4. Verantwortungsträger

gungsstrategien entwickeln, die sozial verträglich und gleichzeitig effektiver sind bzw. auch Interesse daran zeigen, welche Probleme andere mit ihnen haben.

Daher werden im Bereich der Jugendarbeit tragfähige Handlungskonzepte entwickelt und in der Praxis angewendet<sup>28</sup>:

- niederschwellige Arbeitsformen,
- cliquenorientierte Arbeit,
- sozialräumlich ausgerichtete Arbeit,
- beteiligungsorientierte Arbeit,
- infrastrukturelle Arbeit,
- gemeinwesenorientierte Zugänge.

Die sozialpädagogische Arbeit muss flexibel und bedarfsgerecht auf Jugendliche eingehen. Hier ist in der Sozialarbeit auch die kritische Konfrontation erforderlich, durch die politische Einstellungen hinterfragt werden, die dann zu einer Auseinandersetzung mit den Ursachen des eigenen Denkens und Verhaltens führen.

In der Jugend- und Sozialarbeit mit rechts-extremistischen bzw. sich rechtsextremistisch gebenden Jugendlichen ist Qualität, nicht Quantität gefordert. Diese unabdingbare Qualität ist sicherzustellen. Sie darf nicht finanziellen Zwängen geopfert werden.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ist gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ganz besonders gefordert ist die Familie. Sie prägt neben sozialen Eigenschaften auch erste politische Einstellungen. Hier werden Toleranz, Offenheit und Verantwortungsbewusstsein vorgelebt. Die Eltern müssen ihre Verantwortung erfüllen; und die Politik ist aufgefordert, den Familien dabei zu helfen.

Eine angemessene Familienpolitik bleibt eine wichtige Voraussetzung für eine zukunftsfähige demokratische Gesellschaft.

Es müssen Konzepte umgesetzt werden, die vom Kindergarten über die Schulen bis zur offenen Jugendarbeit, aber auch in der Familienbildung, Maßstäbe für demokratisches und gewaltfreies Handeln in den Vordergrund stellen.

Vor allem aber brauchen wir eine Kultur der Toleranz, der Akzeptanz auch desjenigen, der anders ist. Wir brauchen eine Stärkung der Erziehungskraft der Familie ebenso wie der schulischen Erziehungsaufgabe.<sup>29</sup>

Kinder und Jugendliche sind in angemessener Form an örtlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, um Partizipation praktisch erfahrbar zu machen. Freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe, insbesondere die Jugendverbände, leisten auf Grund ihrer pluralistischen Struktur, der methodischen Vielfalt und der Freiwilligkeit der Mitwirkung in Ergänzung zu Familie und Schule einen wesentlichen Beitrag zur Sozialisation und Herausbildung demokratischer Werthaltungen.



Um den o. a. Ansprüchen Rechnung zu tragen, wird den Familien in Mecklenburg-Vorpommern bei ihrer erzieherischen Verantwortung eine angemessene und nachhaltige Unterstützung angeboten. Durch das Projekt des Deutschen Kinderschutzbundes „Eltern stark machen“ werden präventive Konzepte und Angebote zur Weiterentwicklung der Erziehungskompetenz von Eltern entwickelt und umgesetzt. Diese Stärkung der Position von Familie gilt es noch umfänglicher zu nutzen, wobei der generationsübergreifende Aspekt eine wesentliche Rolle spielen muss.

Jugendhilfe in ihren verschiedenen institutionellen und methodischen Facetten arbeitet an zentralen Risikofaktoren des Sozialisationsprozesses: Gewalterfahrun-



Kultur der Toleranz

Kinder und Jugendliche beteiligen

Familienpolitik muss Eltern unterstützen



## 4. Verantwortungsträger

gen innerhalb und außerhalb von Familie, soziale Benachteiligung, „Beziehungslosigkeit“ und problematisches Sozialverhalten, defizitäre Zukunftschancen junger Menschen an den Übergängen Familie/Schule und Schule/Arbeitswelt, jugendtypisches Verhalten als „Andockpunkt“ für rechte Ideologie und bedarf daher einer entsprechenden öffentlichen Aufmerksamkeit und Förderung.<sup>30</sup>

**F**amilie, Jugendarbeit und Schule tragen gemeinsam die Verantwortung dafür, dass sich Jugendliche zu selbstbewussten und selbstständigen Menschen entwickeln, welche die Rechte anderer genauso respektieren wie sie eigene Ansprüche vertreten. Eine solche soziale Erziehung wirkt präventiv gegen Gefährdungen durch politischen Extremismus.<sup>31</sup>

### Festzuhalten bleibt:

- Demokratie muss für Jugendliche erfahrbar gemacht werden.
- Die konsequente Umsetzung der o. a. Handlungsmuster in die Praxis ist zu forcieren.
- Der Einsatz von kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss gesichert werden.

- Die Kooperation von politischer Bildung und Jugendarbeit ist zu verstärken.
- Qualität, nicht nur Quantität ist auf allen Ebenen zu fordern.
- Die Kultur der Toleranz und Akzeptanz ist in der Praxis weiter zu entwickeln.
- Die Erziehungskraft der Familie muss gestärkt werden.
- Generationsübergreifende Aspekte sind stärker zu berücksichtigen.

Weitere Informationen zum Thema können Sie nachlesen unter:

„Vor rechten Tönen schützen“; Schriftenreihe Modelle, Dokumente, Analysen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Bonn 2000

„Für die Zivilgesellschaft begeistern statt nur gegen den Rechtsextremismus ankämpfen“; Schriftenreihe Modelle, Dokumente, Analysen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Berlin 2001

„Recht gegen Rechts“; Jugendinformationszentrum München, Juli 2001

[www.eltern-stark-machen.de](http://www.eltern-stark-machen.de)

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

## 4.7 Sicherheits- und Ordnungsbehörden

### 4.7.1. Polizei und Verfassungsschutz

**P**olizei und Verfassungsschutz sind entsprechend ihrer jeweiligen Aufgabenstellung im Bereich des politischen Extremismus für die Analyse und die Abwehr von Gefahren zuständig. Schwerpunkte werden seit Jahren im Bereich des Rechtsextremismus gesetzt. So wurde innerhalb der Polizei die „Mobile Aufklärung Extremismus“ (MAEX) gebildet, deren Auftrag es ist, rechtsextremistische Gruppierungen zu kontaktieren und zu beobachten, um insbesondere Straftaten zu verhindern. Der Verfassungsschutz des Landes unterrichtet die Öffentlichkeit u.a. über das Internet<sup>32</sup> laufend über neue Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus.

Die Lageentwicklung macht es notwendig, dass die gegenwärtig ergriffenen Maßnahmen weiter konsequent fortgeführt und zeitnah angepasst werden. Hierzu gehört eine ständige Aus- und Fortbildung der zuständigen Mitarbeiter.

**I**m Bereich der Prävention auf kommunaler Ebene kommt es auf ein konstruktives Miteinander zwischen Bürgern und Sicherheitsbehörden an. Polizei und Verfassungsschutz stehen als Ansprechpartner für die Entwicklung örtlicher Präventionsaktivitäten zur Verfügung. Für die Polizei gilt: Prävention ist Chefsache!

soziale Erziehung wirkt präventiv

Maßnahmen zeitnah anpassen

Präventionsprojekte unterstützen

## 4. Verantwortungsträger

### 4.7.2 Analyse- und Beraterteam der Landesregierung

**D**ie Landesregierung hat im Rahmen ihres Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung des Rechtsextremismus ein Analyse- und Beraterteam eingerichtet (ABT). Dieses Team besteht aus Mitarbeitern des Innen-, Bildungs- und Sozialministeriums. Die Federführung liegt beim Innenministerium. Das ABT hat vorrangig folgende Aufgaben:

- Beratung kommunaler Gebietskörperschaften (auf Wunsch),
- Unterstützung der kommunalen Analysetätigkeit,

### 4.7.3 Ordnungsbehörden

**G**emäß § 2 Abs. 1 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (SOG M-V) obliegt die Gefahrenabwehr nicht nur der Polizei sondern auch den Ordnungsbehörden. Das sind im Sinne des Gesetzes die Ministerien im Rahmen ihres Geschäftsbereichs sowie die Kommunen (§ 3 Abs. 1 SOG M-V).

Insoweit kommt den Ordnungsbehörden in den Landkreisen und kreisfreien Städten bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus eine besondere Bedeutung zu. So können sie – wenn es die Rechtslage zulässt – bei Versammlungen oder anderen Veranstaltungen, wie den rechtsextremistischen Skinheadkonzerten, eingreifen. Um angemessen reagieren zu können, bedarf es jedoch eines vollständigen Lagebildes. Daher ist es für die Ordnungsbehörden notwendig, eng mit den örtlichen Polizeidienststellen zusammenzuarbeiten. Weiterhin empfiehlt sich eine Kontaktaufnahme mit der Verfassungsschutzbehörde des Landes. Ordnungsbehörden werden jedoch nicht nur repressiv tätig, sondern müssen sich auch in die Präventionsarbeit vor Ort einbringen. Auf diese Weise kommt es vor Ort zu einem notwendigen Informationsaustausch, der eine erfolgreiche Zurückdrängung rechtsextremistischer Aktivitäten möglich machen kann.

- Mithilfe bei der Entwicklung von staatlich abgestützten Präventionsstrategien sowie

- Unterstützung der Vernetzung staatlicher und privater Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt.

**D**aneben können selbstverständlich auch andere staatliche Stellen wie Schulen oder Vereine das ABT als Informationsquelle nutzen.

**D**as Angebot wird trotz der vielfach vorhandenen Probleme jedoch nur unzureichend angenommen.



### Festzuhalten bleibt:

- Der Entwicklung des Rechtsextremismus muss mit konsequenten staatlichen Abwehrmaßnahmen begegnet werden. Der gegenwärtig Standard mit Angeboten wie der MAEX und dem ABT ist mindestens zu halten.
- Die Sicherheitsbehörden müssen eine konstruktive Zusammenarbeit pflegen.
- Es ist eine entsprechende Sensibilisierung und Fortbildung der Mitarbeiter zu gewährleisten.
- Die Sicherheitsbehörden müssen sich in die Präventionsarbeit vor Ort einbringen und für jeden Bürger als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.



Analyse- und Beraterteam nutzen

wichtig: Zusammenarbeit der Behörden vor Ort



## 4. Verantwortungsträger

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:  
[www.polizei-mv.de](http://www.polizei-mv.de)

[www.verfassungsschutz-mv.de](http://www.verfassungsschutz-mv.de)  
Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

### 4.8 Justizbehörden

Aufgabe der Justizbehörden des Landes ist u. a. eine schnelle und konsequente Verfolgung rechtsextremistischer Straftaten. Damit wird eine generalpräventive Wirkung erzielt.<sup>33</sup>

Eine im Zusammenhang mit dem Versammlungsrecht häufig an der Justiz geäußerte pauschale Kritik, läuft mit Blick auf die Notwendigkeit einer strikten Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze ins Leere. Hier sind im Vorfeld rechtsextremistischer Demonstrationen vielmehr die politischen Mandatsträger und gesellschaftlichen Kräfte in den Kommunen gefordert. Sie können außerhalb der rechtlichen Möglichkeiten mit vielfältigen Aktionen eine demokratische Ge-

genöffentlichkeit herstellen. Im Bereich des Justizvollzuges ist der Rechtsextremismus als Problem erkannt. Deshalb wird in der Jugendanstalt Neustrelitz mit Blick auf die Zukunft der Inhaftierten das Projekt „Demokratie lernen: Umgang mit rechten Jugendlichen in der JA Neustrelitz“ durchgeführt. Es beinhaltet eine Reihe von Teilprojekten, wie z. B. „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ oder „Instant acts gegen Aggression und Gewalt“ und hat zum Ziel, die Insassen mit demokratischen Strukturen vertraut zu machen

und entsprechende Lernprozesse zum Abbau extremistischer Vorstellungen anzustoßen. Dieser Ansatz muss weiterverfolgt und ggf. ausgeweitet werden.

Im Bereich der Präventionsarbeit muss es eine Selbstverständlichkeit werden, dass sich Vertreter der Justiz sowohl an landesweiten wie auch örtlichen Präventionsprojekten beteiligen. Sie können dort nicht nur ihren juristischen Sachverstand einbringen, sondern auch ihren Erfahrungsschatz im Umgang mit rechtsextremistischen Straftätern. Beispielhaft ist in diesem Zusammenhang der Versuch der Justizvollzugsanstalt Neubrandenburg auf Schüler zuzugehen, um diese mit den Ursachen und Folgen strafrechtlich relevanten Verhaltens zu konfrontieren. Hiermit sollen ganz bewusst Akzente gegen „Gewalt von rechts“ gesetzt werden. Diese Initiative sollte Schule machen.

#### Festzuhalten bleibt:

- Die Justizbehörden des Landes sind aufgefordert, rechtsextremistische Straftaten auch weiterhin rasch und konsequent zu verfolgen.
- Im Justizvollzug geleistete Präventionsarbeit muss fortgesetzt werden.
- Vertreter der Justiz müssen ihren Sachverstand vor Ort in die Präventionsarbeit einbringen.

Weitere Informationen zum Thema können Sie nachlesen unter:

[www.jm.mv-regierung.de](http://www.jm.mv-regierung.de)

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

Strafverfolgung ist Generalprävention



pauschale Justizschelte ist nicht angebracht

## 5. Rechtsextremismus

# 5. Rechtsextremismus – eine Herausforderung für die kommunale Jugend- und Sozialpolitik

(Erfahrungen aus der Arbeit der „Mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur“, mbt)

In einigen Gegenden Mecklenburg-Vorpommerns ist Rechtsextremismus fester Bestandteil der Jugend- und Alltagskultur geworden. Die nach außen getragene Stärke, oft unterstrichen durch martialisches Aussehen und eine entsprechende Körpersprache, dominiert dort den öffentlichen Raum und bedroht die Existenz anderer Jugendkulturen, deren Angehörige Opfer von Überfällen und Schikanen werden. Aufgabe kommunaler Jugend- und Sozialpolitik muss es hier sein, nicht rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen Freiräume zu ermöglichen. Dazu gehört sowohl das Ernstnehmen und die Unterstützung der Opfer als auch das Übertragen von Verantwortung, wenn es um die Planung und Umsetzung von jugendpolitischen Maßnahmen geht. Die oft gut gemeinte Einbindung von NPD- und Kameradschaftskadern in die lokalen Strukturen, wie Feuerwehr, Sportvereine oder die Jugendarbeit hat dagegen gezeigt, dass geschulte Rechtsextremisten kein Interesse an pluralistischen und demokratischen Lebensformen und Spielregeln haben. Sie sind darauf aus, sich autonome Räume und Handlungsfelder zu schaffen, in denen sie – quasi rechtsfrei – agieren können. Soziale Arbeit mit „rechten“ Jugendlichen, auch den gewaltbereiten, ist eine Herausforderung und auch ein Politikum, dem sich nicht nur Schule und Jugendhilfe stellen müssen. Alle Angebote an rechtsextremistisch orientierte Jugendliche haben sich an den Werten und Nor-

men der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu orientieren. Damit stehen sie im Gegensatz zu einer „Kultur“ der Ausgrenzung und Gewalt. In einem Umfeld, in dem Rassismus und Diskriminierung alltäglich erlebbar sind, bedarf es großer pädagogischer Anstrengungen, um diese Jugendlichen in den „Schoß der Demokratie“ zurückholen. „Der Weg aus diesem sektenähnlichen Milieu dauert lange, manchmal Jahre, und ist schwierig, weil kaum jemand nachvollziehen kann, was im Inneren des Betroffenen vorgeht.“<sup>34</sup>

Die Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Jugendlichen setzt Grundwissen über ihre Deutungsmuster und Strukturen voraus. Über die „klassische“ Beziehungsarbeit hinaus, die den Jugendlichen als Person ernst nimmt, darf sich Sozialarbeit aber nicht um eine kritische Konfrontation drücken. Sie muss die politischen Einstellungen und Vorurteile hinterfragen und die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der eigenen Aggressionen führen. Gleichzeitig sollte die Perspektive möglicher Opfer und deren Schutz in die präventive Jugend- und Sozialarbeit einfließen. Das mbt bietet in seinen vier Regionalbüros Greifswald, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin Kommunen, Schulen, Jugendeinrichtungen und anderen interessierten Einrichtungen Beratung, Fortbildung und Analysen zum Thema Demokratienentwicklung und Rechtsextremismus vor Ort an.



Freiräume für „nicht rechtsextremistische“ Jugendliche

soziale Arbeit mit „rechten“ Jugendlichen



## 5. Rechtsextremismus

### Festzuhalten bleibt:

- Die kommunale Jugend- und Sozialpolitik muss sich an den Menschen- und Grundrechten orientieren.
- Kommunale Jugend- und Sozialpolitik kann über die Förderung von Partizipationsmöglichkeiten, zivilgesellschaftlichem Engagement und alternativer Jugendkulturen zu einem demokratischen und menschenfreundlichen Klima beitragen.

Weitere Informationen zum Thema können Sie erhalten unter:

Mobiles Beratungsteam  
Mecklenburg-Vorpommern (mbt):

Greifswald: 03 84 - 88 48 40;  
mbt-greifswald@raa-mv.de  
Neubrandenburg: 03 95 - 3 58 12 94;  
mbt-neubrandenburg@raa-mv.de  
Rostock: 03 81 - 2 52 24 40;  
mbt@ev-akademie-mv.de  
Schwerin: 03 85 - 7 77 86 91;  
mbt-schwerin@raa-mv.de  
www.mbt-mv.de

Zentrum für Praxis und Theorie der Jugendhilfe Schabernack e.V., Schabernack 70, 18273 Güstrow, Tel.: 0 38 43 - 8 33 80  
www.schabernack-guestrow.de

Landesjugendring MV  
www.jugend.inmv.de

Bitte beachten Sie auch den Serviceteil und die Endnoten.

### 5.1 Ein Ansatz der pädagogischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Die Reaktionen auf das Heft „Kritisch integrieren“ haben gezeigt, dass die Auseinandersetzung und der Umgang mit rechtsextrem orientierten Menschen sehr kontrovers diskutiert und praktiziert werden. Die Extreme reichen von „Nazis raus!“ bis „Das wächst sich raus!“. Die Probleme bleiben trotzdem und werden angesichts einer zunehmenden Verschärfung sozialer und gesellschaftlicher Widersprüche nicht geringer. Pädagogische Arbeit kann diese Widersprüche nicht lösen. Sie kann und soll aber einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung von Jugendlichen leisten und sie dazu befähigen, sich mit sich selbst und der Gesellschaft gewaltfrei sowie respektvoll mit Anderen auseinander zu setzen. Eine Methode, diese Auseinandersetzung zu suchen und zu fördern, kann die hier kurz zusammengefasste Darstellung der „Subversiven Verunsicherungs- bzw. Konfrontationspädagogik“ nach Prof. Eckart OSBORG<sup>35</sup> sein, die bei sozialpädagogischen Praktikern durchaus umstritten ist.

OSBORG, dessen Auffassung hier zur Diskussion gestellt wird, versucht in seinem Ansatz die pädagogischen Grund-

aussagen der „akzeptierenden Jugendarbeit“ von Franz-Josef KRAFELD, Hochschule Bremen, durch politische Bildungsstrategien zu erweitern. Der oft missverständliche Akzeptanzbegriff, der weder ein Dulden noch Billigen rechtsextremistischer Ideologie oder Handlungsweisen impliziert, sondern Akzeptanz als personale Beziehungsebene für pädagogisches Handeln voraussetzt, reicht OSBORG als pädagogische Handlungsmaxime nicht aus. Pädagogische Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Menschen muss sich seiner Ansicht nach immer auch den politischen Dimensionen und Funktionen rechtsextremistischer Ideologien stellen. Pädagogische Aufgabe ist, Methoden zu entwickeln, die es diesen Menschen ermöglichen, ihre Welt- und Menschenbilder und schließlich auch das Selbstbild zu hinterfragen. Die „Subversive Verunsicherungspädagogik“ will weder belehren noch bekehren. Durch die „Zerbröselung“ der ideologischen Fassade sollen vornehmlich junge Menschen sich mit den Quellen ihrer Feindbilder und Aggressionen auseinandersetzen.

## 5. Rechtsextremismus



Standfestigkeit und Konfliktbereitschaft erforderlich

Das setzt bei den Sozialarbeitern und Pädagogen neben pädagogischer Professionalität auch politische und ethische Standfestigkeit sowie Konfliktbereitschaft voraus. Doch diese reicht allein nicht aus, wenn nachhaltige „Klimaverbesserungen“ für ein weltoffenes und menschenfreundliches Mecklenburg-Vorpommern geschaffen werden sollen.

Der folgende Beitrag wurde dankeswerter Weise von Professor Eckart OSBORG von der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Hamburg zur Verfügung gestellt:

### Das Konzept der subversiven Verunsicherungspädagogik

Die von rechtsorientierten männlichen und weiblichen Jugendlichen bruchstückhaft oder umfangreicher aufgenommene Ideologie des Nationalsozialismus bleibt bisher weithin aus der (sozial-)pädagogischen Präventionsarbeit ausgeklammert, obwohl Gewaltanwendung ein konstituierender Bestandteil dieser Ideologie ist. Diese Abstinenz hat auch mit den großen Schwierigkeiten zu tun, die eine argumentative Auseinandersetzung mit solchen Jugendlichen bereitet. Rechtsradikale oder rechtsgefährdete Jugendliche sind von der NS-Ideologie fasziniert und haben von sich aus keinen Grund, ihre Einstellung in Frage zu stellen, denn sie bietet: konkrete Feinde, auf die sich lebensgeschichtlich aufgestaute Gefühle von vernichtenden Hass, Wut und Rache lenken lassen. Sie bietet eine eigene „Moral“ und ein eigenes Rechtsbewusstsein, mit der Folge der „Umwertung der Werte“, insbesondere der Rechtfertigung von Gewalt. TäterInnen haben vor sich selbst und ihrer Gruppe etwas sozial Wertvolles vollbracht. Die aus gestörten Sozialisationsprozessen herrührenden und sonst sozial geächteten antisozialen Haltungen werden als „Lösung“ eigener sozialer Probleme erfahren: Die Identifizierung als „Deutscher“ in Form eines kollektiven Überlegenheitsgefühls durch die Abwertung anderer Völker oder ethnischer Gruppen verschafft ihnen einen Selbst-

wertersatz, eine „Sinnggebung“, durch die die eigene für nichtig befundene Existenz einen Sinn erhält, nämlich für ein (idealisiertes) größeres Ganzes zu leben (z. B. „für Deutschland kämpfen – für Deutschland sterben“). Zugleich gelingt eine psychologische Teilhabe an Macht.



Psychodynamisch kommt hinzu, dass rechtsradikale Skins von „außen“ nichts annehmen können. Autarkie ist häufig ein angestrebter Überlebensmodus dieser Jugendlichen. Daraus resultieren spezifische Schwierigkeiten, die als sog. „Unerreichbarkeit“ der Jugendlichen charakterisiert wird: Die klassische pädagogische „Aufklärung“ versagt, da Skins und Neo-Nazis das anerkannte moralische Bezugssystem und den gesellschaftlichen Grundkonsens „Du sollst nicht töten“ nicht teilen. Das macht PädagogInnen argumentativ hilflos. Skins und Neo-Nazis sind nicht aus Unkenntnis historischer Tatsachen „rechts“ (rechtsradikale Jugendliche finden richtig, dass Millionen Juden vergast wurden, sind von KZ-Besuchen weder berührt, noch sonst emotional betroffen). Sie verfügen über eine tendenziell paranoide Grundeinstellung. Geistige Nahrung von Nicht-Rechten wird daher als „vergiftet“ misstrauisch abgelehnt. Dies wird häufig abgesichert durch eine Selbstgewissheit, die sonst

Klassische pädagogische Aufklärung versagt

„Nazis raus!“?

Selbstbild hinterfragen



## 5. Rechtsextremismus

nur bei religiösen FanatikerInnen oder SektiererInnen anzutreffen ist.

Zum Grundverständnis vieler PädagogInnen gehört, den Anderen mit rationalen Argumenten von der Richtigkeit der eigenen Position überzeugen zu wollen. In der Diskussion mit Rechten entsteht so eine untergründige Kampfbeziehung, in der die Jugendlichen ihre Einstellung verteidigen. An deren Ende stehen die Jugendlichen als SiegerInnen, die PädagogInnen als ohnmächtige(r) VerliererInnen da. Rechtsradikale Jugendliche und Skins werden geschult. Mangelnde historische Kenntnisse bei PädagogInnen führen dann auch noch zur argumentativen Unterlegenheit von (Sozial-)PädagogInnen in Diskussionen mit rechtsradikalen Jugendlichen. Methodisches Ziel ist die Selbstoffenbarung des Denkens und Fühlens mit

all ihrer inneren Widersprüchlichkeit, das sich nicht mehr nur im Inneren der rechtsorientierten Jugendlichen abspielt, sondern in die pädagogische Auseinandersetzung einbezogen wird. Die von den Jugendlichen favorisierten Ideologeme werden ernst genommen als Ausdruck eines Versuchs, die Welt und ihre eigene Situation darin zu verstehen (i. S. eines untauglichen Selbstheilungsversuchs).

Methodische Merkmale einer Verunsicherungspädagogik sind: nicht überzeugen zu wollen und nicht moralisierend zu argumentieren, sondern den

Jugendlichen statt dessen mit seinen politischen Ansichten ernst nehmen. Im Zentrum steht methodisch die Frage. Dabei ist möglichst vom moralischen Bezugssystem und Wertesystem der Jugendlichen auszugehen. Eingebettet in eine die Jugendlichen achtende Beziehung sind insistierende Fragen zu stellen – „Warum?“, „Das habe ich noch nicht verstanden“, „Wie passt dies mit jenem zusammen?“, „Erkläre mir das mal genauer!“ – die Fragen helfen, die in dieser Ideologie liegenden Widersprüchlichkeiten zu offenbaren und vermitteln dem Jugendlichen das Gefühl, ernst genommen zu werden. Die Widersprüche im Wertesystem der rechtsorientierten Jugendlichen werden angesprochen und so auch unter Ausnutzung pubertärer Auseinandersetzungsbedürfnisse einer Bearbeitung zugänglich gemacht. Die mitschwingenden Gefühle werden angesprochen und ihre Bedeutung für die Argumentation aufgedeckt. Ziele der Arbeit sind neben der Zerbröselung der rechten Ideologien, die Enttarnung der ideologischen Rechtfertigung von politisch motivierter Gewalt bei männlichen und weiblichen Jugendlichen und die Herausbildung der Fähigkeit, nach der Aufgabe ihrer Selbstgewissheit wieder lernfähig zu werden. Hierzu gehört auch die Wiederherstellung der Auseinandersetzungsfähigkeit mit ihren aktuellen und lebensgeschichtlich angehäuften Aggressionen und ungelösten Konflikten sowie die Rücknahme die eigenen Aggressionen auf die zu Feinden stilisierten Personengruppen (Ausländer, Juden, Behinderte, Obdachlose („Assis“), „linke Zecken“ u. a.). Zugleich soll für die vorherrschend männlichen Jugendlichen das fixierte Männlichkeitsbild in Frage gestellt und erweitert, Frauenverachtung abgebaut sowie die soziale Integration gefordert werden.

Das Konzept ist in pädagogische Bildungs- und Präventionsarbeit sowie die offene Jugendarbeit zu integrieren, es ergänzt die Angebote zur akzeptierenden Sozialarbeit, zu Abenteuer- oder Sportpädagogik oder politischer Bildungsarbeit etc.

insistierende Fragen stellen



wirklich Starkes wächst nur von unten nach oben

seine politischen Ansichten ernst nehmen

## 6. Fazit



## 6. Fazit

### Problembewusstsein

Rechtsextremismus muss von den Bürgern, insbesondere den politisch Verantwortlichen, als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen werden, das nicht nur von Jugendlichen ausgeht und auf Gewalt- und Propagandadelikte reduziert werden kann. Wichtig ist eine breite öffentliche Auseinandersetzung. „Das Problem“ darf keinesfalls von der Straße in unkontrollierte Räumlichkeiten verlagert werden.

### Verantwortung übernehmen

Bürger und staatliche Einrichtungen müssen in ihren jeweiligen Wirkungsbereichen Verantwortung für die Entwicklung der Demokratie übernehmen. Hierzu gehört auch die ehrliche Benennung von vor Ort existierenden Problemen. Zivilcourage und eine beherzte Solidarität mit Opfern rechtsextremistisch motivierter Straftaten sind unabdingbare Voraussetzungen für eine funktionierende Zivilgesellschaft.

### Alternativen

Sollen vor allem junge Rechtsextremisten ernsthaft mit ihrer Gruppe und deren Ideologie brechen, sind attraktive, sinnerfüllende Perspektiven zu eröffnen. Deshalb ist es unerlässlich, alternative Jugendszenen- und Angebote zu fördern und den gesamten jugend- und sozialpolitischen Kontext im Auge zu behalten.

### Professionalität

Soziale und pädagogische Arbeit mit rechtsextremistisch orientierten Menschen gehört in professionelle Hände. Sie setzt Standfestigkeit, sowie Dialog- und Konfliktbereitschaft voraus. Dazu gehört neben einem umfassenden pädagogischen Repertoire, die Fähigkeit zur Reflexion und Grenzsetzung. Von den pädagogisch Arbeitenden wird erwartet, dass sie die psychologischen und ideologischen Widersprüche der Jugendlichen aufdecken und pädagogisch nutzen.

### Unterstützung

Soziale Arbeit in diesem Feld braucht die Unterstützung der politisch Verantwortlichen in den Kommunen und Kreisen, die Einbeziehung von Elternhaus und Schule sowie die Vernetzung mit Kooperationspartnern, wie Polizei, Kirchengemeinden, Sportvereinen.

### Autonomie

Die pädagogisch Handelnden müssen unabhängig von der Klientel und unfachlichen Einflussnahmen agieren können. Wer mit Menschen arbeitet, braucht langfristige und unterstützende Rahmenbedingungen durch Beratung, Supervision und Fortbildung.

### Kontinuität

Die Zurückdrängung des Rechtsextremismus und die damit verbundene Stärkung der Demokratie bedürfen einer langfristigen und durch entsprechende Ressourcen abgesicherten Strategie. Soziale Prozesse können durch kurzatmigen Aktionismus nicht nachhaltig beeinflusst werden.



## 7. Service

# 7. Service

### 7.1 HIER dürfen Sie mit fachkundiger Beratung und Unterstützung rechnen

Bundesamt für Verfassungsschutz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Merianstraße 100  
50765 Köln  
Tel.: 02 21 - 7 92 38 38  
bfvinfo@verfassungsschutz.de

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern  
- Geschäftsstelle -  
Innenministerium MV  
Karl-Marx-Straße 1  
19048 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 5 88 - 24 60  
lfk@kriminalpraevention-mv.de

Innenministerium  
Mecklenburg-Vorpommern  
Abteilung Verfassungsschutz  
Karl-Marx-Straße 1  
19048 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 74 20-0  
info@verfassungsschutz-mv.de

Landeskriminalamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Retgendorfer Straße 9  
19067 Rampe  
Tel.: 0 38 66 - 64-0  
lkamv.praevention@t-online.de

Landeszentrale für politische Bildung  
Jägerweg 2  
19053 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 30 20 90  
lpbmv@t-online.de

Landesjugendamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Postfach 11 01 63  
17041 Neubrandenburg  
Te.: 03 95 - 3 80 33 01  
postfach@lja.mv-regierung.de

Akademie für Politik, Wirtschaft und  
Kultur in M-V e.V.

Mecklenburgstraße 59  
19053 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 5 55 70 90  
akademiewpk@t-online.de

Landesjugendring M-V e.V.  
Goethestraße 73  
19053 Schwerin  
Tel. 03 85 - 71 22 75  
ljr@inmv.de

Universität Rostock  
Institut für Politik und Verwaltungs-  
wissenschaften  
Ulmenstraße 69  
18051 Rostock  
Tel.: 03 81 - 4 98 44 52  
wisofak@uni-ristock.de

Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe,  
Schule und interkulturelle Arbeit Meck-  
lenburg-Vorpommern e.V. (RAA MV)  
Am Melzer See 1  
17192 Waren/Müritz  
Tel.: 0 39 91 - 66 96 0  
info@raa-mv.de

Evangelische Akademie  
Am Ziegenmarkt 4  
18055 Rostock  
Tel.: 03 81 - 25 22 430  
mbt@ev-akademie-mv.de

Civitas-Netzwerkstelle  
Dr. Külz-Straße 3  
19053 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 5 50 99 84  
netzwerk@schwerinerjugendring.de

Bürgerinitiative „Bunt statt braun“ e.V.  
Lange Straße 9  
18055 Rostock  
Tel.: 03 81 - 2 52 35 61  
Fax: 03 81 - 2 52 35 62  
post@buntstattbraun.de

Bündnis für Demokratie und Toleranz  
Stresemannstraße 90  
10963 Berlin  
Tel: 030 - 2 36 34 08 0  
buendnis@bdfd.de

Zentrum für Demokratische Kultur  
Chausseestraße 29  
10115 Berlin  
Tel.: 030 - 24 04 53 20  
info@zdk-berlin.de

Netzwerk für Demokratie und Courage  
August-Bebel-Straße 89  
18055 Rostock  
Tel.: 03 85 - 1 28 53 10  
mec-vopo@netzwerk-courage.de

Anne Frank Zentrum  
Rosenthaler Straße 39

10178 Berlin  
Tel.: 030 - 30 87 29 88  
zentrum@annefrank.de

Dokumentations- und Informationszen-  
trum für Rassismusforschung  
Postfach 12 21  
35002 Marburg  
Tel.: 0 64 21 - 3 77 22  
dir@mail.uni-marburg.de

Ihre speziellen Ansprechpartner bei der  
**Polizei** sind die Präventionsberater der  
Polizeiinspektionen. Hier erhalten Sie  
auch Kontakt zu den örtlich zuständigen  
MAEX-Einheiten.  
Weitere Informationen und Anschriften  
zur Präventionsarbeit der Polizei finden  
Sie unter [www.polizei-mv.de](http://www.polizei-mv.de)

### 7.2 HIER lohnt sich eine Nachfrage nach Fördermitteln

Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung  
Mecklenburg-Vorpommern  
- Geschäftsstelle -  
Innenministerium MV  
Karl-Marx-Straße 1  
19048 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 5 88-24 60  
lfk@kriminalpraevention-mv.de

Landeszentrale für politische Bildung  
Jägerweg 2  
19053 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 30 20 90  
lpbmv@t-online.de

Landesjugendamt  
Mecklenburg-Vorpommern  
Postfach 11 01 63  
17041 Neubrandenburg  
Te.: 03 95 - 3 80 33 01  
postfach@lja.mv-regierung.de

Ministerium für Arbeit, Bau und Landes-  
entwicklung Mecklenburg-Vorpommern  
Schlossstraße 6-8  
19053 Schwerin  
Tel.: 03 85 - 5 88-0  
poststelle@am.mv-regierung.de

Stiftung Demokratische Jugend  
Grünberger Straße 54  
10245 Berlin  
Tel: 030 29 77 18 60  
civitas@jugendstiftung.org

Amadeu Antonio Stiftung  
Chausseestraße 29  
10115 Berlin  
Tel.: 030 - 240 45 450  
info@Amadeu-Antonio-Stiftung.de

Bundesministerium für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend  
Taubenstraße 42/43  
10117 Berlin  
Tel.: 030 - 20 65 5-0  
info@bmfsfj.bund.de

Bundesministerium  
für Wirtschaft und Arbeit  
Scharnhorststraße 34-37  
10109 Berlin  
Tel.: 018 88 - 6 15-0  
info@bmwa.bund.de



## 7. Service



## 7. Service

### 7.3 HIER gibt es online weitere Informationen:

www.mv-regierung.de/im  
 www.kriminalpraevention-mv.de  
 www.kriminalpraevention.de  
 www.verfassungsschutz-mv.de  
 www.verfassungsschutz.de  
 www.lpb.mv-regierung.de  
 www.bpb.de  
 www.vhs-verband-mv.de  
 www.wiwi.uni-ristock.de  
 www.buendnis-toleranz.de

www.polizei.propk.de  
 www.jugendstiftung-civitas.org  
 www.amadeu-antonio-stiftung.de  
 www.zdk-berlin.de  
 www.netzwerk-courage.de  
 www.netzwerk-mecklenburg.de  
 www.annefrank.de  
 www.gegen-vergessen.de  
 www.mbt-mv.de

## 8. Quellenangaben/Literaturhinweise

# 8. Quellenangaben/ Literaturhinweise

<sup>1</sup> Die AG Extremismus geht von folgender Beschreibung des Rechtsextremismus aus: Rechtsextremisten lehnen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ab und wollen – auch unter Anwendung von Gewalt – ein autoritäres oder gar totalitäres staatliches System errichten, in dem nationalistisches und rassistisches Gedankengut die Grundlage der Gesellschaftsordnung bilden soll. Dementsprechend finden sich im Rechtsextremismus in unterschiedlicher und gruppen-spezifischer Ausprägung folgende ideologische Vorstellungen bzw. Handlungsmuster:

- ein aggressiver Nationalismus, für den nur die deutschen Interessen als Richtschnur gelten und der andere Nationen als „minderwertig“ betrachtet,
- der Wunsch nach einer Volksgemeinschaft auf „rassistischer“ Grundlage, die die Rechte des einzelnen beliebig einschränkt und der pluralistischen Gesellschaft das Modell des „Volksskolektivismus“ („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“) entgegengesetzt,
- eine aggressive, extrem gewaltbereite Fremdenfeindlichkeit als Ergebnis einer Wiederbelebung rassistischen und damit verbunden antisemitischen Gedankenguts,
- der Wunsch nach einem „Führerstaat“ mit militärischen Ordnungsprinzipien (Militarismus),
- Relativierung oder sogar Leugnung der Verbrechen des „Dritten Reiches“ und damit verbunden eine Verharmlosung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus und

- eine ständige Diffamierung der demokratischen Institutionen und ihrer Repräsentanten.

- <sup>2</sup> Aktuelle Lagetrends können dem Internet unter [www.verfassungsschutz m-v.de](http://www.verfassungsschutz-m-v.de) entnommen werden.
- <sup>3</sup> vergl. Arzheimer, Kai, Schoen, Harald, Falter, Jürgen W.: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: Schubarth, Wilfried, Stöss, Richard (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske und Budrich 2001, S. 220ff.
- <sup>4</sup> Förster, Peter: Junge Ostdeutsche heute: doppelt enttäuscht. Ergebnisse einer Längsschnittstudie zum Mentalitätswandel zwischen 1987 und 2002. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 15/2003, S. 6-17 und Thumfart, Alexander: Politische Kultur in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39-40/2001, S. 6-14
- <sup>5</sup> Vgl. Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 2. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp 2003, S. 44. Dort wird angegeben, dass 89,4 % der Befragten der Aussage, die „demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht“, eher bzw. voll und ganz zustimmten.
- <sup>6</sup> Stern Nr. 40 v. 23.09.2004, S. 65
- <sup>7</sup> Gessler, Philipp: Studie: „Frauen sind rassistischer“. In: die tageszeitung, Ausgabe Hamburg v. 03.12.2004, S. 4

## 8. Quellenangaben/Literaturhinweise

- <sup>8</sup> Vgl. Wolf, Carina/Stellmacher, Jost/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver: Druckvolle Ermunterungen. Das Meinungsklima fördert menschenfeindliche Gewaltbereitschaft. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Band 2. Frankfurt: Suhrkamp Verlag 2003, S. 155f.
- <sup>9</sup> Buntenbach, Annelie: „Gesellschaft gegen rechts?“ In: Mecklenburg, Jens (Hg.): Was tun gegen rechts?, Berlin 1999, S. 26
- <sup>10</sup> Die Stadt Minden hat sich im Jahre 2000 ein entsprechendes Leitbild gegeben. Es ist unter [www.amtage.de/minden\\_links/leitbild.html](http://www.amtage.de/minden_links/leitbild.html) abrufbar. Vgl. in Teilen auch [www.rostock.de/internet/stadtverwaltung/stadt/info.jsp?wohin=suche&query=L...](http://www.rostock.de/internet/stadtverwaltung/stadt/info.jsp?wohin=suche&query=L...) (Leitbild der Hansestadt Rostock)
- <sup>11</sup> [www.stgt-mv.de/pages/links\\_kon.htm](http://www.stgt-mv.de/pages/links_kon.htm)
- <sup>12</sup> [www.xenos-de.de](http://www.xenos-de.de)
- <sup>13</sup> Christie, Gerhard: Förderung der Handlungskompetenz im Umgang mit Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in der Berufsausbildung. Eine realistische Zielsetzung von Xenos-Projekten?. In: Heinrich, Gudrun (Hg.): Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Heft Nr. 19, Rostock 2004, S. 24ff.
- <sup>14</sup> a.a.O., S. 52ff.
- <sup>15</sup> [www.dgb-bw.de/sixcms/detail.php?id=344](http://www.dgb-bw.de/sixcms/detail.php?id=344)
- <sup>16</sup> [www.dgb-bw.de/sixcms/detail.php?id=1621](http://www.dgb-bw.de/sixcms/detail.php?id=1621)
- <sup>17</sup> Bürgerinitiative „Bunt statt braun“ Rostock, Hg., Von Menschen, Ansichten und Gesetzen. Rostock-Lichtenhagen – 10 Jahre danach, 2002 unterstützt auch durch Landeszentrale für politische Bildung und Landesrat für Kriminalitätsvermeidung Mecklenburg-Vorpommern
- <sup>18</sup> [www.schabernack-guestrow.de](http://www.schabernack-guestrow.de)
- <sup>19</sup> Rechtsextremismus im Internet, CD-ROM, Hg. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2002. Über die Bundeszentrale für politische Bildung, Adenauerallee 86, 53111 Bonn, Tel.: 01888-515-0; [www.bpb.de](http://www.bpb.de) bzw. deren Medien- und Kommunikationszentrum Berlin, Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Tel.: 030/254504-0 können weitere Informationsmaterialien medienpädagogischen Themen bezogen werden.
- <sup>20</sup> Gruppe von etwa gleichaltrigen Jugendlichen, die als Orientierung für den Übergang von familienorientierter Kindheit zum Erwachsenenendasein fungiert.
- <sup>21</sup> Kontakthinweise finden Sie im Serviceteil.
- <sup>22</sup> [www.vhs-verband-mv.de](http://www.vhs-verband-mv.de)
- <sup>23</sup> In dem Zusammenhang sei auch auf das Pro-

jekt der Bund-Länder-Kommission „Demokratie lernen und leben“, für das in Mecklenburg-Vorpommern die RAA MV sowie die Evangelisch-lutherische Landeskirche Mecklenburgs verantwortlich sind, in deren Netz Beteiligte aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie zahlreiche Schulen in ganz M.-V. eingebunden sind.

- <sup>24</sup> Ebd.
- <sup>25</sup> Landesjugendring MV, Jugendmedienverband (JMMV)
- <sup>26</sup> Seit 2000 bietet die Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur MV e.V. in Schwerin in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Seminarzyklen für die o. g. Zielgruppen an.
- <sup>27</sup> „Grundlagen der akzeptierenden Jugendarbeit“ in Kind-Jugend-Gesellschaft, Schriftenreihe Modelle, Dokumente, Analysen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Berlin 2001
- <sup>28</sup> Schubarth, Wilfried: „Pädagogische Konzepte als Teil der Strategien gegen Rechtsextremismus“. In: Kind-Jugend-Gesellschaft, Schriftenreihe Modelle, Dokumente, Analysen der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Bonn 2000
- <sup>29</sup> Bosbach, Wolfgang (MdB, CDU): „Bekämpfung des Extremismus hat höchste Priorität“, Rede in der Debatte des Deutschen Bundestages über der Verfassungswidrigkeit der NPD am 08. Dezember 2001
- <sup>30</sup> Jugendministerkonferenz: „Zurückdrängung rechtsextremer Einstellungen erfordert langfristige Strategien“ Auszüge aus dem einstimmigen Beschluss der Jugendministerkonferenz am 17./18.05.2001 in Weimar zur „Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus“
- <sup>31</sup> Zeitschrift „Mitmachen statt Zuschauen“ Einleitung, Heft 4/2000, Hrsg.: LpB
- <sup>32</sup> [www.verfassungsschutz m-v.de](http://www.verfassungsschutz-m-v.de)
- <sup>33</sup> Vgl. Wolf, Carina/Stellmacher, Jost/Wagner, Ulrich/Christ, Oliver: Druckvolle Ermunterungen. Das Meinungsklima fördert menschenfeindliche Gewaltbereitschaft. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände, Band 2. Frankfurt: Suhrkamp Verlag 2003, S. Falter, Jürgen/Jaschke, Hans-Gerd/Winkler, Jürgen R. (Hg.). S. 155
- <sup>34</sup> Schröder, B.: Aussteiger. Wege aus der rechten Szene. Ravensburg 2002, S. 8
- <sup>35</sup> vgl. Osborg, Eckart: Akzeptierende Jugendarbeit mit Rechtsorientierten. In: Standpunkt: Sozial 1/2002, S. 34 ff.

